

Aufruf gegen Rechtsextremismus

Goslarer Bündnis

gegen

Zu den Landtagswahlen im Januar 2008 wird die rechtsextreme NPD auch in Goslar mit einem Kandidaten antreten.

Rechtsextremismus

Sie wird verstärkt versuchen, ihre rassistische und neonazistische Ideologie zu verbreiten. Sei es durch Verteilen von Informationsmaterial, durch Informationsstände, durch Aufmärsche oder Auftritte in Gremien und öffentlichen

Veranstaltungen. Obwohl die NPD nicht verboten ist, sind ihre politischen Ziele grundgesetzwidrig. Vor allem gegen den in Artikel 1 Grundgesetz garantierten Schutz der Menschenwürde und gegen das in Artikel 3 Grundgesetz enthaltene Gleichbehandlungsgebot verstößt die NPD durch ihre fortwährende Politik der Ausgrenzung.

Wir, jeder Einzelne, Gruppen und Initiativen, Organisationen und Verbände, Schulen, Gewerkschaften, Betriebe, Verwaltungen, Kirchen, alle demokratischen Parteien und Stadtrat machen hiermit deutlich:

Wir werden es nicht zulassen, dass die NPD in Goslar öffentlichen Raum missbraucht und unsere Stadt als Bühne für ihre menschenverachtende Propaganda nutzt.

Wir setzen uns ein für eine Gesellschaft, die frei ist von Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung.

Wir wollen, dass Goslar weiterhin eine weltoffene, demokratisch verfasste, bürgerfreundliche, lebendige und bunte Stadt bleibt, in der rechtsradikale Kräfte keine Chance haben.

Deshalb fordern wir alle demokratischen Kräfte in der Stadt auf:

- Organisieren Sie in Ihrem Bereich Veranstaltungen, die über die demokratiefeindlichen Inhalte rechtsradikaler Politik aufklären.
- Lassen Sie die von den Nazis ausgegrenzten Menschen zu Wort kommen. Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich im Umgang mit den Schwächsten.
- Schauen Sie nicht weg und hören Sie nicht weg bei rechtsradikalen Übergriffen sondern informieren Sie das Bündnis, damit alle gemeinsam aktiv werden können. Zeigen Sie diese Übergriffe bei der Polizei an.
- Zeigen Sie das Tragen verbotener Symbole und Abzeichen sowie das Rufen verbotener Parolen an.
- Beteiligen Sie sich an den Aktionen des Goslarer Bündnisses gegen Rechtsextremismus

Goslarer Bündnis gegen Rechtsextremismus

Erstunterzeichner des Aufrufs:

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Bündnis90/DIE GRÜNEN Kreisverband Goslar, Bürgerliste, DGB-Ortsverband Goslar, DGB-Region Südniedersachsen-Harz, Stefan und Heidrun Dyckhoff, for kids e.V., Karsten Färber, Sigmar Gabriel, Gewerkschaft der Polizei (GdP) Kreisgruppe Goslar, Goslarer Linke, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Kreisverband Goslar, Heike und Herbert Grösser, Jugendparlament, Juso Unterbezirk Goslar, Ulrich Hampe, IG Metall Goslar/Osterode, Eike Kassebaum, Kirchengemeinde zum Frankenberg, Kreissenorenrat, Stefan und Annegret Kutsche, Dechant Kuno Kohn, Propst Helmut Liersch, Imogen Liersch, pax christi Basisgruppe Nordharz, Propsteisynode Goslar, Seniorenvertretung der Stadt Goslar, Burkhard Siebert, SPD Ortsverein Goslar, Stadtjugendring Goslar, Verband christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder Goslar, ver.di Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen, Verein Leben in der Fremde e.V., Verein Spurensuche Goslar e.V., Hartwig und Helga Wrede, Rüdiger Wohltmann